STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle: FD 6/10 / Fachdienst 6/10 - Planung und Liegenschaften

Sitzungsvorlage

Datum: 02.11.2015

Drucksache Nr.: **15/0326**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss	02.12.2015	öffentlich / Vorberatung
Rat	09.12.2015	öffentlich / Entscheidung

Betreff

9. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Sankt Augustin für den Bereich in der Gemarkung Hangelar, Flur 7 zwischen der Einmündung des Pützchensweg in die Bonner Straße und der Bonner Straße (B 56);

- 1. Beschluss über die eingegangenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden;**
- 2. Auslegungsbeschluss gem. § 2 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)**

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt, die während der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden eingegangenen Stellungnahmen nach eingehender Prüfung entsprechend den Erläuterungen zu den einzelnen Punkten zu berücksichtigen bzw. nicht zu berücksichtigen.
2. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt, den Entwurf der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches sind dem Geltungsbereichsplan vom Februar.2015 zu entnehmen.

Sachverhalt / Begründung:

Der Rat hat am 17.06.2015 die Aufstellung der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) für einen Bereich in Hangelar südlich des Pützchensweg zwischen der Einmündung des Pützchensweg in die Bonner Straße und der Bonner Straße (B 56) beschlossen. Die Änderung des FNP wird in Verfolgung der Planungsziele des Bebauungsplanes Nr. 209

„Pützchensweg“ erforderlich.

Die Übereinstimmung der Planung mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung wurde von der Bezirksregierung Köln mit Schreiben vom 19.04.2015 bestätigt.

Die Öffentlichkeit wurde gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Zeit vom 07.04.2015 bis zum 20.04.2015 über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung unterrichtet. Die Behörden und Träger öffentlicher Belange (TÖB) wurden mit Schreiben vom 18.03.2015 gem. § 4 Abs. 1 BauGB von der Planung unterrichtet und um Stellungnahme bis zum 20.04.2015 gebeten.

Von Seiten der der Öffentlichkeit wurden keine Stellungnahmen zur Planung vorgetragen. Von Seiten der Behörden und TÖB wurden mit einer Ausnahme ebenfalls keine Stellungnahmen vorgebracht.

Die Rhein-Sieg Eisenbahngesellschaft RSE bringt in ihrem Schreiben vom 16.04.2015 zum Ausdruck, dass sie Bedenken gegen die Darstellung des in Frage kommenden Bereiches als „gewerbliche Baufläche“ hat, weil sie befürchtet dass,

- durch die damit einhergehende Einschränkung des Retentionsraumes des Wolfsbaches den in diesem Bereich verlaufenden Gleiskörper gefährdet und
- durch den durch die Nutzung zusätzlich verursachten Verkehr der Betrieb der Bahn behindert wird.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Bedenken zielen auf Regelungsinhalte des nachfolgenden Bebauungsplans der, soweit die unterstellten Gefährdungen überhaupt zutreffen, auch Regelungen der Kompensation bzw. Vermeidung treffen kann. Denn, weder wird durch die Änderung der Nutzungsart in der vorbereitenden Bauleitplanung der Retentionsraum eingeschränkt, noch eine Zunahme des Verkehrs und eine damit unterstellte Gefährdung des Bahnbetriebs verursacht.

Die Bedenken können somit nicht im Verfahren zur 9. Änderung des FNP behandelt werden. Insofern wird auf die entsprechende Beratungsvorlage der Verwaltung zur Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 209 „Pützchensweg“ verwiesen. Die Verwaltung empfiehlt daher die Stellungnahme zurückzuweisen und die 9. Änderung des FNP gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.

In Vertretung

Rainer Gleß
Erster Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf _____ €.

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan _____ zur Verfügung.

Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von

über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.

über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits _____ € veranschlagt; insgesamt sind _____ € bereit zu stellen. Davon entfallen _____ € auf das laufende Haushaltsjahr.